Satzung
der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA) zur Gewährleistung des Jugend-
schutzes in digital verbreiteten Programmen des privaten Fernsehens
vom 30. August 2000

In Ausführung von § 3 Absatz 5 des Rundfunkstaatsvertrags (RStV) in der Fassung des
Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrags § 17 Abs.5 MedienG LSA vom 31. Juli 2000
und auf Grund einer Abstimmung zwischen den Landesmedienanstalten, entsprechend
der genannten Vorschrift mit den nachfolgenden Regelungen übereinstimmende
Satzungen zu schaffen, erlässt die Versammlung der Medienanstalt Sachsen-Anhalt
(MSA) auf der Grundlage von § 45 Abs. 2 S. 3 des Mediengesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (MedienG LSA) folgende Satzung:

§ 1
Anwendungsbereich

Diese Satzung gilt für in digitaler Technik verbreitete Programme des privaten Fern-
sehens. Sie gilt auch für den Einzelabruf von Sendungen gegen Entgelt, soweit es sich
hierbei um Rundfunk handelt (§ 20 Absatz 2 Satz 2 RStV).

§ 2
Grundsatz

(1) Ein Veranstalter kann von den Sendezeitbeschränkungen für Sendungen in § 3
Absatz 2 RStV nach Maßgabe dieser Satzung abweichen, wenn er die einzelne
Sendung

1. nur mit einer allein für diese verwandten Technik verschlüsselt und vorsperrt (Vor-
   sperrung) und

2. sicherstellt, dass die Freischaltung nach Maßgabe dieser Satzung nur für die Dauer
der Sendung möglich ist.

§ 3
Vorsperrung

(1) Eine Vorsperrung im Sinne dieser Satzung ist eine technische Vorkehrung, mittels
derer der Veranstalter eines Programms einzelne Sendungen nur mit einer allein für
diese verwandten Technik dergestalt verschlüsselt, dass die gesperrte Sendung ohne
individuelle Freischaltung durch den Nutzer weder für den direkten Fernsehempfang
noch für die Aufzeichnung optisch oder akustisch wahrnehmbar ist.

(2) Eine Vorsperrung im Sinne dieser Satzung muss folgenden Anforderungen
   genügen:

   1. Bei digital verbreiteten Programmen der privaten Veranstalter muss die Vorsperrung
      zusätzlich zu einer etwaigen allgemeinen Verschlüsselung, mittels derer der generelle
      Zugang zu dem betreffenden Programmangebot beschränkt wird, erfolgen und sich in
      ihrer Ausgestaltung von dieser unterscheiden.

§ 4 Freischaltung


(2) Der Einzelabruf von Sendungen gegen Entgelt erfolgt durch Eingabe eines Pin-Codes, der identisch mit dem persönlichen Jugendschutz-Code ist.

(3) Dem Nutzer kann die Möglichkeit eingeräumt werden, unter Eingabe des ihm erteilten persönlichen Jugendschutz-Codes die Ziffernfolge zu ändern. Auch insoweit gilt Absatz 1 Satz 3.

(4) Bei dreimaliger Falscheingabe des persönlichen Jugendschutz-Codes ist eine Freischaltung für einen Zeitraum von 10 Minuten nicht möglich.

(5) Bei der Programmierung eines Aufzeichnungsgerätes zur Aufzeichnung einer vorgesperrten Sendung ist ebenfalls eine Freischaltung gemäß Absatz 1 Satz 1 erforderlich.

§ 5 Sendezzeitbeschränkung beeinträchtigender Sendungen

(1) Abweichend von § 3 Absatz 2 RStV dürfen Filme, die nach dem Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit für Jugendliche unter 16 Jahren nicht freigegeben sind, sowie Sendungen mit vergleichbarem Inhalt unter den Voraussetzungen von §§ 3 und 4 dieser Satzung auch zwischen 6.00 und 22.00 Uhr ausgestrahlt werden.

(2) Filme, die nach dem Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit für Jugendliche unter 18 Jahren nicht freigegeben sind, sowie Sendungen mit vergleichbarem Inhalt, dürfen unter den Voraussetzungen von §§ 3 und 4 dieser Satzung zwischen 20.00 Uhr und 06.00 Uhr ausgestrahlt werden.

(3) Für den entgeltpflichtigen Einzelabruf beeinträchtigender Sendungen i.S.d. Absatz 1 und 2 gelten keine Sendezzeitbeschränkungen.
§ 6
Sendzeitbeschränkung indizierter Sendungen

Sendungen, die ganz oder im Wesentlichen mit Schriften inhaltsgleich sind, die in die Liste nach § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte aufgenommen sind (indizierte Sendungen), dürfen auch bei digitaler Verbreitung nur mit einer Ausnahmegenehmigung der zuständigen Landesmedienanstalt nach § 3 Absatz 3 Satz 2 RStV und nur zwischen 23.00 und 6.00 Uhr ausgestrahlt werden. Dies gilt auch für den entgeltpflichtigen Einzelabruf indizierter Sendungen.

§ 7
Pflichten des Veranstalters

(1) Der Veranstalter hat sicherzustellen, dass Vorschaltung und Freischaltung gemäß den Bestimmungen dieser Satzung erfolgen. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass die zur Vorschaltung und Freischaltung verwandte Software regelmäßig aktualisiert wird und der Nutzer entsprechende Updates sowie begleitende Informationen zur Vorschaltung und ihrer Nutzung erhält.

(2) Der Veranstalter teilt der zuständigen Landesmedienanstalt auf Anforderung vor Ausstrahlung mit, welche Sendungen der Vorschaltung unterliegen.

§ 7a
Personen- und Funktionsbezeichnungen

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten in weiblicher und männlicher Form.

§ 8
In-Kraft-Treten, Geltungsdauer

(1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.


Halle, den 30. August 2000
Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA)